



WIESBADEN



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Elke Kessel
E-mail: elke.kessel@wiesbaden.de

Wiesbaden, 16.04.2008

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

**Die Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Interkulturellen Woche 2008 trifft sich
eine Stunde vor der Sitzung (16 Uhr) ebenfalls in Raum 304.**

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am Dienstag, 22. April 2008, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. Genehmigung der Niederschrift vom 04.03.2008
2. **08-F-24-0002**

Projekt "Lesestart" der Stiftung Lesen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 14.04.2008 -

Der Ausländerbeirat hat in seiner Plenarsitzung am 19.03.2008 nachdrücklich gefordert, dass sich die Stadt Wiesbaden am Projekt „Lesestart“ der Stiftung Lesen in Mainz beteiligt. Da in Deutschland nur noch in einem Drittel aller Haushalte mit Kindern bis zehn Jahren vorgelesen wird, ist das Projekt für die sprachliche und literarische Förderung von jungen Menschen von hoher Bedeutung.

Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, für die Beteiligung der Stadt Wiesbaden am Projekt „Lesestart“ der Stiftung Lesen in Mainz die erforderlichen Restmittel von rd. 45.000,00 € p. a. ab 2008 bereit zu stellen.

3. 08-F-01-0031

Erneuerung der Wahlurnen

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 14.04.2008 -

In Wiesbadener Wahllokalen sind von Wählerinnen und Wählern immer wieder Bemerkungen zu hören, die sich kritisch mit dem optischen Erscheinungsbild der Wahlurnen auseinandersetzen. Hier einige sinngemäße Kostproben: „Ist es möglich, dass uns Steuerzahlern für den Stimmzettel Mülltonnen zugemutet werden?“ oder „Ab damit in die Mülltonne, mehr scheint mein Wahlzettel der Stadt nicht wert zu sein“ oder „Wie einfallsreich - für die Wahl eine Mülltonne“ etc., etc.

Die Wahlbeteiligung ist als aktives, durch Handeln unter Beweis gestelltes Bekenntnis zu unserer Demokratie von überragender politischer Bedeutung. Sie sollte nicht durch eine verunglückte Optik der derzeit in Wiesbaden gebräuchlichen Wahlurnen beeinträchtigt werden, die geeignet ist, die Assoziation zu provozieren, der Stimmzettel werde gleichsam wie Abfall entsorgt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, in den Wiesbadener Wahllokalen zur Vermeidung einer falschen Symbolik in Zukunft Wahlurnen bereit zu stellen, die keine Ähnlichkeit zu Mülltonnen aufweisen.

4. 08-F-25-0049

Gastprediger in der Moschee des Islamischen Vereins Kostheim

-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP vom 16.04.2008-

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, auf der Grundlage von § 9 der Wiesbadener Integrationsvereinbarung das Gespräch mit dem Islamischen Verein Kostheim zu suchen, um zu klären, in wie weit die Veranstaltungen mit dem als „umstrittenem islamischen Prediger“ (Wiesbadener Kurier vom 14.04.08) Abdul Adhim Kamoussa mit der geschlossenen Integrationsvereinbarung in Einklang stehen.

5. 08-F-25-0050

Zusammenkunft der Härtefall-Kommission

-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP vom 16.04.2008-

Vor über einem Jahr ist die kommunale Härtefallkommission mit dem Ziel eingerichtet worden, durch Empfehlungen und Entscheidungshilfen für die Ausländerbehörde bzw. Stellungnahmen an den Petitionsausschuss des Landtags Härten in ausländer- und asylrechtlichen Einzelfällen

vermeiden zu helfen. Bisher ist die Kommission mangels Geschäftsanfalls noch nicht zusammengetreten.

Vor diesem Hintergrund wolle der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

die Mitglieder der Wiesbadener Härtefall-Kommission zu einer Zusammenkunft einzuladen und das Gremium über den aktuellen Sachstand zur Bleiberechts-Regelung in Wiesbaden zu informieren.

6. 08-F-06-0020

Verhinderung fremdenfeindlicher und rassistischer Veranstaltungen in Bürgerhäusern und anderen städtischen Einrichtungen
-Antrag der Fraktion Linke Liste vom 16.04.2008-

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert Bürgerhäuser und andere städtische Räumlichkeiten nicht für fremdenfeindliche und rassistische Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen.

Insbesondere auf dem Hintergrund der Erfahrungen mit der NPD-Veranstaltung am 29. März 2008 im Bürgerhaus Mainz-Kostheim ist die Genehmigung einer NPD-Veranstaltung am 31. Mai im Bürgerhaus Mainz-Kastel zu widerrufen.

7. 07-A-21-0004

Bauplanungsrechtliche Qualifizierung „Im Gebück in Wiesbaden-Auringen“;
Eingabe nach § 47 ff der Geschäftsordnung

ANLAGE nur für Ausschussmitglieder: Bericht des Magistrats, Dezernat IV und aktueller Schriftwechsel

8. 07-F-06-0053

Neue Bleiberechtsregelung - Aktueller Stand
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 27.11.2007 -

ANLAGE: Beschlüsse des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration Nr. 0008 vom 04.03.2008 und Nr. 0100 vom 04.12.2007

9. Verschiedenes

Seite 4 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 22. April 2008

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spruch
Vorsitzende